

Meine Damen und Herren Kreistagsabgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit meiner letzten Haushaltseinbringung im Februar sind erst 8 Monate vergangen. Wir sind diesmal also früher, aber nicht besser dran.

Wir haben den Ihnen von mir und dem Kreiskämmerer vorgelegten Etatentwurf ohne Modellrechnung des Landes NRW erstellt, da das Land wieder nicht in der Lage war, uns die benötigten Zahlen zu liefern.

Ohne die Modellrechnung weist dieser Entwurf natürlich noch Unwägbarkeiten auf, die hoffentlich zu Verbesserungen und keinen weiteren Verschlechterung führen.

Er sieht Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. 428,4 Mio. Euro und Erträge in Höhe von rd. 410,8 Mio. Euro vor. Unterm Strich ergibt dies ein Minus von rd. 17,6 Mio. Euro.

Herr Kreiskämmerer Heer wird Ihnen gleich Einzelheiten, Daten und Grundlagen zum Haushalt näher erläutern.

Zuvor will ich einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserer derzeitigen Situation machen.

Dabei sollten wir uns an zwei Grundsätze halten, die wir eigentlich auch schon von zu Hause kennen, nämlich:

1. Man kann auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als man einnimmt und
2. man kann sein Geld nur einmal ausgeben.

Doch gegen diese beiden Grundsätze haben alle staatlichen Ebenen in den vergangenen Jahrzehnten verstoßen.

Welche Konsequenzen nun drohen, konnten alle Bürgerinnen und Bürger schwarz auf weiß und groß aufgemacht in der Zeitung nachlesen.

Und zwar unter der Überschrift „Keine Kredite für Kommunen“.

Dort wurde nämlich mal ausführlich über die Schuldensituation in den öffentlichen Haushalten und insbesondere den Kreisen, Städten und Gemeinden berichtet.

Mit unvorstellbaren 57 Mrd. €, eine Zahl mit 9 Nullen, stehen die Gemeinden, Städte und Kreise NRW's mittlerweile bei den Banken in der Kreide.

Für die 15 Kommunen im MK und den Märkischen Kreis beträgt die pro Kopf-Verschuldung 2.530 €; der Landesschnitt liegt bei knapp 3.200 je Einwohner.

Das Land NRW ist dazu mit 130 Milliarden Euro verschuldet – das sind stolze 7200 Euro pro Kopf.

Hinzu kommen noch die Schulden des Bundes: pro Kopf noch einmal rund 16.000 Euro.

Summa sumarum beträgt die Gesamtverschuldung pro Kopf der Bevölkerung; also Kommunen, Land und Bund zusammen genommen liegt bei unglaublichen 26.000 €.

D.H.: Alle, einschließlich jeder der hier Anwesenden, haben also 26 000 € Schulden beim Staat.

Griechenland lässt grüßen.

Was das konkret bedeuten kann, war da ebenfalls nachzulesen: Zum ersten Mal hat eine Bank einer Stadt einen Kredit verweigert.

Auch wenn dies bisher nur ein Einzelfall war und hoffentlich auch bleibt:

Es zeigt uns, wie die Banken inzwischen die Situation und die Kreditwürdigkeit öffentlicher Haushalte einschätzen: Nämlich als desolat. Und das zu recht.

Knapp 1,1 Mrd. €, das konnten wir ebenfalls nachlesen, beträgt der Stand der Kassenkredite einer benachbarten Großstadt.

Also das quasi ständige Minus auf dem Girokonto, um überhaupt noch die laufenden Geschäfte erledigen zu können. Dazu kommen dann auch noch einmal rd. 150 Mio. € Investitionskredite.

Warum ist das so? Warum sind die Finanzen der Kommunen in NRW fast in einer Vergeblichkeitsfalle.

Einfach, weil wir Kommunen, entgegen ständiger Beteuerungen, nicht finanziell grundlegend entlastet werden. Es wird an den Symptomen herumgedoktert, aber die Ursache nicht beseitigt.

Dass heißt: Jeder Teilentlastung - die es ja gibt - folgt wieder eine neue, meist höhere, Belastung. Oft ist der Prozess schleichend.

Dazu wird auch das Konnexitätsprinzip, nicht eingehalten, es ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Wir bekommen immer neue Aufgaben und Pflichten, aber nicht das Geld, um die Erledigung bezahlen zu können.

Zum Beispiel die neue Fallzahl-Obergrenze bei Amts-Vormundschaften. Allein dadurch müssen landesweit in den Kreisjugendämtern 50 neue Stellen eingerichtet werden. Wir kalkulieren aktuell mit einer zusätzlichen Stelle.

Das bedeutet, dass uns per Gesetz vorgegeben wird, den bisherigen Standard, den wir übrigens als ausreichend ansehen, zu erhöhen.

Das kostet natürlich mehr Geld. Wenn der Bund also eine solche Standarderhöhung will, dann muss er sie eben auch bezahlen.

Und wenn die Länder, die ja eigentlich unsere Interessen im Bundesrat vertreten sollen, das Gesetz durchwinken, werden wir dies mit den kommunalen Spitzenverbänden rechtlich prüfen lassen.

Das Bundeskinderschutzgesetz, noch nicht verabschiedet, sieht Mehrbelastungen von ca. 70 Mio. € pro Jahr für die Kommunen vor. Kein Satz findet sich im Gesetz woher die Kommunen dafür das Geld erhalten ----- so werden Gesetze gemacht!

Ein anderes Beispiel ist die gesetzliche garantierte U3-Betreuung in Kindertagesstätten.

Um diese Betreuung termingerecht anbieten zu können, mussten und müssen viele Einrichtungen um- und ausgebaut werden.

Allein in 2011 erwartet allein das Kreisjugendamt eine Leistung des Landes für die U3-Betreuung in Höhe von 600 000 €. ; hinzu kommen noch die Ausgaben in den Vorjahren.

Das ist aber nur eine Vorleistung. Auf die anteiligen Erstattungen vom Land warten wir allerdings vergeblich.

Da wir nicht bereit waren, dies hinzunehmen, haben die Kommunen dagegen geklagt.

Ergebnis: Der VGH NRW hat am 12.10.2010 entschieden, dass bei der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes von Bundes- in Landesrecht das Konnexitätsprinzip verletzt worden ist.

Obwohl das Land spätestens dadurch verpflichtet war, „alsbald“ eine Regelung über den Kostenausgleich zu treffen, ist bis heute nichts Entscheidendes geschehen.

Dies und anderes mehr summiert sich dann zu Beträgen in Größenordnungen, die den Märkischen Kreis und seine Städte und Gemeinden mit insgesamt ca. 2,5 – 3,0 Mio. pro Jahr erheblich belasten.

Zwar zahlt das Land für die Abschaffung der Elternbeiträge für die gehobenen und hohen Einkommen im letzten Kindergartenjahr.

Das aber für den hohen Preis von ca. 130 Mio. € weiteren Schulden des Landes. Also wird die Wohltat jetzt verteilt, um die Rechnung können sich später Andere kümmern.

Und weil man das Geld nun einmal nur einmal ausgeben kann, fehlt das Geld übrigens auch, um die Kommunen in NRW vor der Pleite zu retten oder um den Städte-Stärkungspakt zu verstärken.

Hier bei uns machen wir das anders: Ein Beispiel das im letzten KA diskutierte und vom Land geförderte Sozialticket.

Wir sind nicht gegen soziale Wohltaten. Aber das Geld dafür muss auch da sein. Das Land macht dafür aber 30 Mio. € neue Schulden und der Märkische Kreis soll sein Defizit weiter erhöhen.

Es ist falsch, neue Leistungen des Landes über neue Schulden zu finanzieren. Irgendwann muss irgendwer die Zeche bezahlen. Und dass vermutlich, ohne selbst was davon gehabt zu haben.

Regelrecht gesprengt werden unsere Haushalte aber durch die Steigerung der sozialen Lasten.

Diese sind mit rd. 237 Mio. € auch im Haushalt 2012 wieder der mit Abstand größte Aufwands-Posten. Darin enthalten ist die Landschaftsumlage, die ja ebenfalls vor allem Soziale Leistungen finanziert.

Dass heißt, die Aufwendungen für Soziales sind gegenüber 2011 um rd. 10,2 Mio. € gestiegen. Woher soll das Geld kommen?

Insbesondere die Kostenentwicklung für die Versorgung geistig und körperlich behinderter Menschen, die allein die Kommunen über die Landschaftsumlage tragen, ist hier dramatisch.

Über 3,1 Mrd. Euro werden 2011 allein dafür landesweit aufgewendet. Die jährliche Steigerung liegt bei über 100 Mio. Euro.

Hier ist es unerlässlich, dass sich Land und Bund angemessen beteiligen.

Es kann nicht sein, dass die Finanzierung fast aller Lebensrisiken wie Altersarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit allein auf den Schultern von den Gemeinden, Städten und Kreisen abgeladen wird.

Das zwingt uns natürlich auch, die Kreisumlage höher zu halten, als wir das eigentlich wollen. Und auch Erhöhungen der Landschaftsumlage weiterzugeben. Aber wir können nicht anders.

Wir wissen natürlich von den Nöten in unseren Städten und Gemeinden! Auch viele Bürgermeister und Kämmerer müssen ihren Räten und ihren Bürgerinnen und Bürgern defizitäre Haushalte vorlegen.

Inwieweit der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ab 2014 entscheidend hilft, wird derzeit öffentlich kontrovers diskutiert.

Danach sollen schuldenfreie Städte und Gemeinden sieben Jahre durch eine sog. „Abundanzumlage“ finanzschwächere Kommunen unterstützen.

Viele abgebende Städte und Gemeinden stellen sich die Frage, ob das jetzt nicht eine unverdiente Strafe dafür ist, in der Vergangenheit seine Hausaufgaben gemacht zu haben? Und das mit zum Teil schmerzhaften Sparmaßnahmen?

Nach einer veröffentlichten Aufstellung sollen auch vier märkische Städte und Gemeinden insgesamt knapp 40 Mio. € aufbringen.

Und zwar ab dem Jahr 2014 verteilt auf sieben Jahre jeweils:

Meinerzhagen	527 170
Neuenrade	470 050
Plettenberg	3 248 700
Schalksmühle	1 452 990

Mir ist nicht bekannt, dass unsere Städte wirklich soviel Geld über hätten. Verfassungsklagen sind schon angekündigt.

Wer vor der Abundanzumlage noch nicht im Nothaushalt ist, ist es dann bestimmt.

Durch all das steht – und das mehr denn je - auch der kommunale Zusammenhalt auf dem Prüfstand.

Gegenseitige Schuldzuweisungen sind weiterhin fehl am Platz; wir müssen uns gemeinsam dagegen wehren.

Ich danke insbesondere den Verantwortlichen in unseren Städten und Gemeinden: Trotz dieser dramatischen Zahlen gehen wir fair und sachlich miteinander um.

Zurück zum Haushalt:

Um unseren Städten und Gemeinden in dieser Situation wieder so weit wie möglich entgegen zu kommen, wollen wir auch 2012 wieder ins Defizit – diesmal mit gut 17,6 Mio. Euro.

Mehr ging nicht, um überhaupt noch ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen zu können. Die Entlastung der Grundsicherung, die vom Bund übernommen wird, hat der MK bereits berücksichtigt.

Wir führen damit den von mir bereits 2009 angekündigten Weg fort.

Ein solches HSK nimmt uns wieder in die Pflicht für weitere eigene Konsolidierungsmaßnahmen.

Bei diesen Zahlen kann Kommunale Selbstverwaltung natürlich nicht mehr stattfinden.

Für uns als Kreis ist die größte Einnahmequelle die Kreisumlage von unseren Städten und Gemeinden. Deshalb müssen wir damit besonders sorgsam haushalten.

Entsprechend der Umlagegrundlagen mussten wir trotz des Defizits von 17,6 Mio. € den Hebesatz für die allg. KU daher von 47,85% auf 49,31% um 1,46 Prozentpunkte anheben.

Dieses entspricht – und daran will ich auch unsere besondere Problemlage deutlich machen – wieder der Summe, die wir allein für soziale Leistungen aufbringen müssen.

Die Kreisumlage ist also eine Sozialumlage, die direkt und komplett für soziale Transferleistungen verbraucht wird; für die übrigen Aufgaben und Kosten des Kreises bleibt davon nichts übrig.

Für den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich reicht diesmal der buchhalterische Taschenspielertrick der sog. Ausgleichsrücklage nicht mehr aus:

2012 müssen wir auch 1,6 Mio. € aus der allgemeinen Rücklage entnehmen.

Finanzielle Gestaltungsspielräume haben wir weiter nicht. Dazu müssen wir zur Erfüllung der gesetzl. Vorgaben weiterhin Standards „fahren“, die wir uns eigentlich gar nicht mehr leisten können; also auf Pump.

Wichtig ist in dem Zusammenhang aber auch, dass das draußen auch ankommt: Also unsere Kunden wissen, dass sie in dieser Lage keine überzogenen Serviceansprüche und –erwartungen an uns stellen. Das vielzitierte Anspruchdenken an den Staat muss reduziert werden.

Meine Damen und Herren!

Damit will ich jetzt genug geklagt haben. Die Situation und die Fakten sind bekannt.

Wir - also Kreistag und Kreisverwaltung und unsere gesamte kommunale Familie - werden gleichwohl alle uns Mögliche tun, das in dieser Situation Bestmögliche für den Märkischen Kreis und seine Menschen zu tun.

Die wichtigste Basis dafür ist eine funktionierende Wirtschaft. Die Zahlen am Arbeitsmarkt sind erfreulich. Für einige Städte trifft fast schon das Wort Vollbeschäftigung zu.

Unser Kreis steht dabei allerdings zunehmend in einem Standortwettbewerb mit anderen Städten, Kreisen und Regionen.

Wir haben aber viele Stärken, die wir gemeinsam mit unseren südwestfälischen Partnern vermarkten.

„Zukunft gestalten“ war und ist das Hauptanliegen der fünf südwestfälischen Kreise, die zur Gründung der Südwestfalen AG im Jahre 2007 führte.

Was daraus in der kurzen Zeit bis heute geworden ist, hat sich vor vier Jahren sicher noch niemand vorstellen können.

Wir haben aber nicht nur viel erreicht und viel an Selbstbewusstsein gewonnen.

Auch kann ich nur immer wieder feststellen: Gut, dass wir die Regionale 2013 haben.

Über 50 Regionale-Projekte sind auf den Weg gebracht worden, sieben davon haben den begehrten 3. Stern erhalten; stehen also vor der Umsetzung.

Von diesen sieben 3-Sterne-Projekten, finden fünf allein oder mit Beteiligung im Märkischen Kreis statt.

Unser eigenes Projekt „Wir holen die Burg ans Lenneufer“ ist auch mit dabei. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Insgesamt haben diese 3-Sterne-Projekte ein Fördervolumen von rd. 67 Mio. Euro und ein Investitionsvolumen von über 100 Mio. Euro --- Geld, das wir gut gebrauchen können.

Wir alle hoffen und erwarten jetzt, dass das Land hier zu den Finanzierungs- und Förderungszusagen steht. Bisher hat das Land, und das will ich an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich betonen, Wort gehalten. Das werden wir auch zukünftig deutlich einfordern.

Aber zurück zum Kreishaushalt:

Unsere knappen Kassen erfordern klare Ziele und Akzente. Der Schlüssel für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Region und unseres Kreises ist die Bildung.

Daran werden wir auch weiterhin nicht sparen.

Unsere Berufskollegs sind auf dem neuesten Stand der Technik.

Um die Ausbildungsgänge und Übergänge noch praxisorientierter zu gestalten, kooperieren wir mit heimischen Unternehmen.

Bei unseren Bemühungen um unsere Berufskollegs vergessen wir aber auch die Förderschulen nicht.

Hier werden junge Menschen nach ihren Handicaps gefördert. Und das in kleinen Lerngruppen mit oft nur vier Schülern auf einen Lehrer!

Ein großer Posten in unserem Sozialetat sind nach wie vor die Hartz IV-Leistungen. Diese Menschen müssen wieder in Arbeit gebracht werden.

Das hat übrigens nicht nur rein finanzielle Aspekte, sondern ist auch eine Frage der persönlichen Lebensperspektive und Gestaltung der Betroffenen.

Unser neues Jobcenter MK hat hier im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet.

Ihre Arbeit war nicht ganz einfach. Gemeinsam mit der Kreisverwaltung und den Städten und Gemeinden galt und gilt es, das sog. Leistungs- und Teilhabepaket für die Kinder Arbeitssuchender umzusetzen.

So begrüßenswert die Absicht war/bzw. ist, diese Kinder zu unterstützen, so verheerend waren die Bestimmungen mit dem dies geregelt werden sollte.

Das BuT stand eher unter dem Motto: Mehr Bürokratie wagen.

Aufgesplitterte Zuständigkeiten und aufgeblähte Vorschriften führten dazu, dass selbst eine pragmatische Auslegung nicht verhindern konnte, dass eingegangene Anträge nur schleppend bearbeitet werden konnten.

Die Kritik haben dafür haben wir bekommen; Schuld daran hatten wir allerdings nicht.

Mit großem Interesse verfolge ich auch die Diskussionen um den ÖPNV im MK, den die MVG gestaltet.

Mal fehlt hier eine optimalere Anbindung, mal könnte dort eine Wartezeit kürzer oder ein Tarif günstiger sein. Sicher können wir auch über ganz grundlegend neue Modelle reden.

Zur Versachlichung der Diskussion darf ich aber feststellen, dass wir m.E. den landesweit höchsten Zuschuss aller Kreise an den ÖPNV zahlen, für den Busverkehr im Märkischen Kreis.

Und da die MVG durchaus gut rechnen kann und Fahrer, Diesel und Busse überall das Gleiche kosten, liegt das daran, dass bei uns im MK eben die meisten Beförderungskilometer gefahren werden.

Wir fahren im MK nicht weniger, sondern mehr als in vergleichbaren Kreisen.

Wir erreichen damit für einen Flächenkreis ein hervorragendes und auch ein sozial ausgewogenes Fahr-Angebot, das sich nicht zu verstecken braucht.

Meine Damen und Herren!

Vom bekannten chinesischen Philosoph Laotse ist der Ausspruch überliefert:

„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man unterlässt.“

Der Haushaltsplan ist das Grundlagenpapier, mit dem wir die Weichen für die Entwicklung unseres Märkischen Kreises stellen.

Der Ihnen vorgelegte Entwurf leistet, so denke ich, den schwierigen Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung, den notwendigen Investitionen in die Zukunft und den Erhalt von Spielräumen in unseren Städten und Gemeinden.

Wie in den letzten Jahren, sind auch in diesem Jahr die Rahmenbedingungen wieder schwierig.

Und wie in den letzten Jahren, bin ich mir sicher, dass Sie über die erforderliche Weitsicht sowie das notwendige Augenmaß verfügen, damit umgehen zu können.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die Beratung des Haushaltes 2012 eine glückliche Hand.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat Herr Kreiskämmerer Heer.